



Willi Berchtold

Präsident BITKOM

**Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und
neue Medien e. V.**

Pressekonferenz anlässlich der Systems 2005

München, 25. Oktober 2005

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrten Damen und Herren,

wir zählen heute den Tag dreißig nach der Bundestagswahl. Ich bin sehr froh, dass die neue Bundesregierung langsam Konturen annimmt. In Berlin wird heute wieder über die große Koalition verhandelt. Nach den Querelen um Posten und Personen geht es jetzt endlich wieder um Sachfragen. Deutschland steht an einem Scheideweg: Schaffen wir es, international wettbewerbsfähig zu werden, unsere Wachstumskräfte zu mobilisieren und die Arbeitslosigkeit zu senken? Oder verharren wir in Stagnation, Konsumflaute und der Sorge, den Job zu verlieren?

Die ITK-Branche hofft, dass die neue Bundesregierung die Kraft und den Mut für tief greifende Reformen findet. Sie muss eine große Koalition der Reformkräfte bilden. Sie darf keine Koalition der faulen Kompromisse und des kleinsten gemeinsamen Nenners werden.

Die neue Bundesregierung hat enorme Herausforderungen zu bewältigen:

- Reform der Sozialsysteme,
- große Steuerreform und
- Erneuerung des föderalen Systems, das den Fortschritt in unserem Land in der Vergangenheit geradezu gelähmt hat.

Das besondere Anliegen der ITK-Wirtschaft ist es, die Innovationskräfte Deutschlands zu stärken. Die technologische Leistungsfähigkeit eines Landes ist die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung in einer modernen Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Diese technologische Grundlage wollen und müssen wir verbessern.

Dabei geht es nicht allein um höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wir brauchen auch eine exzellente Ausbildung der jungen Generation, wir benötigen eine bessere Förderung innovativer Unternehmen, wir brauchen einen öffentlichen Sektor, der Vorbildcharakter hat, und wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Unternehmen helfen, statt sie zu behindern.

Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit sind wahrlich keine Naturgesetze. So unterschiedliche Länder wie Schweden, die USA, Irland oder Taiwan haben gezeigt, dass eine stringente Innovationspolitik entscheidend dazu beitragen kann, die Dynamik einer Volkswirtschaft zu entfesseln. Der BITKOM hat analysiert, welche Maßnahmen im Ausland erfolgreich waren. Wir haben daraus konkrete Vorschläge abgeleitet, wie Deutschland technologisch wieder an die Spitze kommen kann.

Unsere Analyse wie auch die entsprechenden Empfehlungen an die Bundesregierung haben wir in dieser Broschüre zusammengestellt, die ich Ihnen heute vorstellen darf.

Die Bedeutung der ITK-Branche für die gesamte deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stetig gestiegen.

- Wir erwarten in diesem Jahr einen Umsatz von 134 Milliarden Euro. Das entspricht einem Wachstum von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit wächst die Branche fast dreimal so schnell wie die deutsche Gesamtwirtschaft.
- Die ITK-Unternehmen beschäftigen mehr als 750.000 Menschen. Weitere 650.000 Menschen arbeiten als ITK-Spezialisten in den Anwenderbranchen.
- Die ITK-Branche trägt zum Exportboom der deutschen Wirtschaft bei. Die Unternehmen exportieren Produkte und Dienstleistungen im Wert von mehr als 50

Milliarden Euro. Das sind rund sechs Prozent der gesamten deutschen Exporte – Tendenz steigend.

- Das statistische Bundesamt hat gerade folgendes festgestellt, ich zitiere: Bei der Wertschöpfung „übersteigt die Informations- und Kommunikationstechnologie die Bedeutung des Maschinenbaus oder des Fahrzeugbaus.“
- Die ITK-Wirtschaft ist eine wichtige Querschnittsbranche. Sie hilft anderen Wirtschaftszweigen nicht nur, produktiver und effizienter zu werden. ITK-Technologien treiben maßgeblich die Innovationen in anderen Branchen voran. Das gilt zum Beispiel für die Automobilindustrie, den Maschinen- und Anlagenbau oder die Medizintechnik.

Das ist alles schön und gut, aber es reicht nicht. Andere Länder sind weiter als wir und deshalb müssen wir aktiv werden. Folgende Ziele wollen wir in den kommenden Jahren erreichen.

1. Wir müssen den Anteil der ITK-Wirtschaft am deutschen Bruttoinlandsprodukt auf deutlich mehr als acht Prozent anheben.
2. Im Umsatzwachstum müssen wir wieder Raten über dem EU-Schnitt erreichen, als zwischen drei und vier Prozent.
3. Im Jahr 2004 lag der Importüberschuss bei drei Milliarden Euro. Deutschland muss im ITK-Sektor vom Netto-Importeur zum Netto-Exporteur werden.
4. In Zukunftsfeldern der Informations- und Kommunikationstechnologie muss mindestens ein deutsches Unternehmen unter die Top-five auf dem Weltmarkt kommen.
5. Das Potenzial für neue Arbeitsplätze muss genutzt werden. 100.000 zusätzliche Jobs könnten in der ITK-Branche entstehen.

Wie können wir diese Ziele erreichen?

BITKOM hat untersucht, wie andere Länder vorgegangen sind. Ein Blick auf die makroökonomischen Daten zeigt, dass diese Länder in den vergangenen Jahren vieles richtig gemacht haben. Einiges können wir davon lernen.

Im allgemeinen Wirtschaftswachstum liegt Deutschland, verglichen mit den von uns untersuchten acht Ländern, an letzter Stelle. Verglichen mit dem Durchschnitt der 90er Jahre hat sich das Wirtschaftswachstum bei uns halbiert. Zum Beispiel in Finnland hat es sich im gleichen Zeitraum verdoppelt.

Unsere These lautet: Die technologische Leistungsfähigkeit eines Landes hat entscheidenden Einfluss auf das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft. Gestützt wird diese Annahme durch diese Grafik: Sie zeigt, welchen Anteil die ITK-Wirtschaft in den Top-Ländern an der Wertschöpfung des Unternehmens-Sektors hat. In Finnland und Israel liegt dieser Wert bei rund 16 Prozent, in Irland bei 13 und in Korea bei rund 12 Prozent. Deutschland liegt mit unter 7 Prozent am Ende des Feldes.

Bis auf die USA, Neuseeland und Deutschland haben die Vergleichsländer im ITK-Sektor einen positiven Außenhandelssaldo. Nicht nur in Korea und Taiwan liegen die Exporte deutlich über den Importen. Gleiches gilt auch für Irland und Finnland.

Dass ein starker Technologiesektor positiv auf den Arbeitsmarkt wirkt, ist bekannt, und wird von dieser Grafik illustriert. Besonders auffällig ist die positive Entwicklung seit 1991 in Neuseeland, Irland und den USA. Irland hat die Arbeitslosenrate von 14 Prozent im Jahr

1991 inzwischen unter die 5-Prozent-Marke gesenkt. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit seitdem stetig gestiegen.

Welche Maßnahmen haben in diesen Ländern zum Erfolg geführt und was können wir daraus lernen? Wir haben 5 Bereiche untersucht: Bildungswesen, Forschungspolitik, Wachstumsfinanzierung, den öffentlichen Sektor sowie die Standort- und Arbeitsmarktpolitik. Ich will für jeden Bereich ein Land beispielhaft herausgreifen.

Finnland zum Beispiel hat ein bekannt gutes Bildungssystem. In den PISA-Studien belegt das Land regelmäßig erste Plätze. In Finnland sichern verschiedene bildungspolitische Programme das hohe Niveau der Schulen, Hochschulen und der beruflichen Ausbildung. Erklärtes Ziel ist es, die Ausbildung in technisch orientierten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften und von Fremdsprachen zu verbessern. Bereits in den 90er Jahren wurden in Finnland die Schulen mit Computertechnik ausgestattet und ans Internet angebunden. Um die Nachfrage der Hightech-Industrie nach qualifizierten Fachkräften zu decken, wurde 1998 ein spezielles Programm für die ITK-Wirtschaft gestartet. Mittlerweile studieren in Finnland 65 bis 70 Prozent eines Jahrgangs an Universitäten oder Fachhochschulen. Die Ingenieurdichte ist mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland.

Israel hat gezielt den Markt für Risikokapital entwickelt und dafür im Jahr 1993 eine öffentliche Fondsgesellschaft gegründet. Startkapital: 100 Millionen US-Dollar. Die Gesellschaft investiert in junge israelische Technologieunternehmen und legte bis 2003 u.a. mehr als 30 Risikokapitalfonds auf, die gemischt öffentlich und privat finanziert sind. Flankiert werden die Fonds von einem Inkubator-Programm für Gründer. Das Ergebnis: Der Export israelischer Software ist innerhalb von zehn Jahren um den Faktor 30 auf über drei Milliarden Dollar gestiegen. Die 100 Millionen Euro Startkapital hat der Staat längst wieder raus. Die Fondsgesellschaft wurde inzwischen privatisiert.

Irland wiederum hat sich darauf konzentriert, durch eine intelligente Standortpolitik internationale Unternehmen anzuziehen. Irland hat mit 12,5 Prozent einen der weltweit niedrigsten Tarife für die Körperschaftssteuer. Bis zum Jahr 2010 zahlen ausländische Investoren sogar nur zehn Prozent. Gerade bei der Herstellung von Hightech-Produkten ist das Land mit dieser Strategie stark geworden. Rund ein Drittel der in Europa verkauften PCs kommen heute aus Irland.

Taiwan hat im Jahr 1997 damit begonnen, moderne ITK-Lösungen im öffentlichen Sektor systematisch zu fördern. Das so genannte „Government Service Network“ verbindet rund 1000 Regierungseinrichtungen mit schnellen Datenleitungen. Die Regierung verfolgt das Ziel, der Bevölkerung den elektronischen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen auf allen Verwaltungsebenen zu ermöglichen. Eine elektronische Gesundheitskarte hat Taiwan bereits im Jahr 2002 eingeführt – übrigens mit Unterstützung deutscher Unternehmen.

Kein anderes Land investiert relativ gesehen mehr in Forschung und Entwicklung als Schweden. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträgt in Schweden mehr als vier Prozent. Deutschland liegt bei 2,5 Prozent. Die schwedischen Forschungsprogramme konzentrieren sich auf die ITK-Industrie. Sie fördern zum Beispiel neue Kommunikationstechniken, Software oder Sprachtechnologien.

Das waren einige Beispiele für erfolgreiche Hightech-Politik in anderen Ländern. Was lässt sich daraus für Deutschland ableiten? Und was sollten wir darüber hinaus tun? Wir machen fünf konkrete Vorschläge, wie wir international wieder an die Spitze kommen.

Ohne helle Köpfe ist Innovation nicht denkbar. Innovation braucht Innovationseliten und Innovationseliten brauchen gezielte Förderung. Wir haben Förderprogramme für musisch und sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche. Für den Bereich Technik haben wir nichts, außer einem Bundeswettbewerb. Diese Lücke ist zu schließen. Wir brauchen

Programme für technisch Hochbegabte, die sich an den bestehenden Programmen für Musik, Kunst und Sport orientieren. Nicht zuletzt muss der Bund mehr Kompetenzen im Bildungssektor erhalten. Hier geht es darum, bundesweit gültige Standards zu setzen. Und zwar einheitlich hohe Standards, die sich an den besten Bundesländern orientieren. Die Bundesländer sollten sich verpflichten, den Hochschulen insgesamt mehr Autonomie zu geben. Die OECD weist seit Jahren darauf hin, dass das deutsche Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist. Studiengebühren sollten deshalb allein den Hochschulen zukommen.

Unser zweiter Vorschlag betrifft die Forschungsförderung. Die Forschungsausgaben müssen signifikant erhöht und Forschungspolitik muss professionell evaluiert und auf ihre Effizienz überprüft werden. Die öffentlichen FuE-Investitionen sollten bis 2010 jährlich um mindestens fünf Prozent steigen. Der Schwerpunkt sollte auf der Verbundforschung liegen, an der die Industrie beteiligt ist. Zurzeit stecken Bund und Länder jährlich rund 16 Milliarden Euro öffentliche Fördermittel in Forschung und Entwicklung. Allein der Bund unterhält 52 Ressortforschungseinrichtungen mit mehr als 20.000 Mitarbeitern. Diese Institute mussten sich nie einer systematischen Evaluierung unterziehen. Hier muss ein professionelles Controlling eingeführt werden. Wir sollten wissen, was für diese 16 Milliarden Euro zurückkommt – im Sinne der Entwicklung international erfolgreicher Technologien, des Aufbaus leistungsfähiger Industriesektoren und damit zusammenhängend der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Diese Maßnahmen im Bereich der Bildung und Forschungsförderung wirken langfristig. Es dauert fünf, zehn Jahre oder länger, bis Ergebnisse sichtbar werden. Wir brauchen aber auch schnell wirkende Maßnahmen. Hierfür machen wir unsere Vorschläge 3 und 4.

Forschungsprogramme nützen wenig, wenn aus den Ergebnissen keine erfolgreichen Produkte werden. Daran hapert es. Wir haben gute Ideen, aber das Geschäft machen andere. Ein Kernproblem ist die Finanzierung des Wachstums. Wer in Deutschland Wachstumskapital sucht, sucht oft vergeblich. Der Anteil Deutschlands am europäischen Risikokapital-Markt ist von 18 Prozent auf 13 Prozent gesunken. Der Anteil Großbritanniens ist dagegen auf 34 Prozent gestiegen. Nach einem kurzen Zwischenhoch im vergangenen Jahr ist der deutsche Markt für Wagniskapital im ersten Halbjahr 2005 wieder eingebrochen. Die Investitionen haben sich auf 760 Millionen Euro fast halbiert. Im ersten Halbjahr sind nur sechs Unternehmen in der sehr frühen Gründungsphase – der so genannten Seed-Finanzierung – mit lächerlichen 2,5 Millionen Euro Risikokapital gefördert worden. Das sind alarmierende Zahlen.

Wir schlagen die Einrichtung eines öffentlichen Technologiefonds vor, der ausschließlich in international orientierte, wachstums- und innovationsstarke mittelständische Unternehmen investiert. Der Fonds ist damit eine Ergänzung zu den bestehenden öffentlichen Finanzierungsinstrumenten. Im Gegensatz zu vielen Risikokapitalgebern wäre dieser Technologiefonds langfristig orientiert. Die Laufzeit der Beteiligungen sollte zwischen 10 und 15 Jahren liegen. Der Fonds sollte mit einem Volumen von zunächst einer Milliarde Euro ausgestattet werden. Er sollte von der KfW aufgelegt werden und für privates Kapital offen sein.

Sehr deutlich wird die politische Verantwortung im öffentlichen Sektor. Deutschland schiebt bei der Modernisierung seiner Informations- und Kommunikationsinfrastruktur Investitionen von mehreren Milliarden Euro vor sich her. Während die Unternehmen ihre Geschäftsprozesse weitgehend digitalisiert haben, hinkt der Public Sector hinterher. Das betrifft Investitionen im Gesundheitswesen wie die elektronische Gesundheitskarte. Ursprünglich sollten alle Versicherten bereits im Januar 2006 die Gesundheitskarte in den Händen halten. Heute heißt es, die ersten Karten werden frühestens Ende 2006 ausgegeben.

In den Schulen muss der nächste Entwicklungsschritt gegangen werden. Isolierte Computer-Räume machen wenig Sinn. Jeder Schüler und jede Schülerin braucht ein eigenes Laptop, das jederzeit im Unterricht eingesetzt werden kann. Bei 1000 Euro pro Laptop und Schüler würde das allein für die Sekundarstufe I rund sechs Milliarden Euro kosten. Das kann die öffentliche Hand nicht allein stemmen. Die ITK-Industrie arbeitet bei der Schulausstattung übrigens schon seit Jahren mit den Kommunen zusammen und sie wird ihr Engagement fortsetzen.

Es gibt eine Reihe weiterer Projekte, die von der Politik auf den Weg gebracht werden müssen: das Outsourcing-Projekt der Bundeswehr HERKULES, der elektronische Personalausweis oder der elektronische Sozialversicherungsausweis – kurz Jobcard.

Sie werden mir vielleicht entgegen halten, dass für all diese Investitionen überhaupt kein Geld da ist. Die öffentlichen Kassen sind leer. Das stimmt und stimmt doch wieder nicht. Es gibt alternative Finanzierungsmodelle. Bei öffentlich-privaten Partnerschaften gehen private Investoren in Vorleistung. Viele Projekte finanzieren sich durch die erzielten Einsparungen innerhalb weniger Jahre von selbst. Jeder von der öffentlichen Verwaltung in ITK-Technik investierte Euro führt zu Einsparungen von 1 Euro 80. Das hat nicht der BITKOM ausgerechnet, sondern die EU-Kommission.

Wir erleben in Berlin zurzeit eine heftige Auseinandersetzung, welches Ministerium welche Zuständigkeiten in der Forschungspolitik bekommen soll. Dabei geht es um die Frage, welche Abteilungen von Ministerium A nach Ministerium B verschoben werden sollen. Dieses Gerangel zeigt, wie dringend es geboten ist, die Innovationspolitik ressortübergreifend zu koordinieren. Die noch amtierende Forschungsministerin Buhlmann hat gerade selbstkritisch eingeräumt, dass es zum Beispiel keinen Sinn gemacht hat, die Energieforschung auf sage und schreibe vier Bundesministerien zu verteilen.

Solche Fehler können und dürfen wir uns in Zukunft nicht mehr erlauben. Innovation ist ein Querschnittsthema. Und dieses Querschnittsthema verdient oberste Priorität. Die Innovations- und ITK-Politik muss nach unserer Meinung dort verankert werden, wo die Leitlinien der Bundespolitik festgelegt werden: im Bundeskanzleramt. Wir schlagen vor, einen Innovationsbeauftragten im Rang eines Staatsministers im Kanzleramt einzusetzen.

Der BITKOM hat elf Innovationsfelder identifiziert, die in den kommenden Jahren ein hohes Wachstum versprechen und deshalb gezielt gefördert werden sollten: darunter die Chipkarten-Technologie, moderne Telematik-Systeme, Funketiketten oder der gesamte Bereich der IT-Sicherheit. Mehr Informationen zu den einzelnen Technologien finden Sie in unserem Papier, das Ihnen vorliegt. Für diese Technologiefelder brauchen wir in sich konsistente Sets von Maßnahmen, beginnend in der Bildungspolitik über die Forschungsförderung bis zur Wachstumsfinanzierung.

Und es gilt, die Prioritäten richtig zu setzen. Wo ist unser Geld besser investiert als in der Ausbildung der jungen Generation und in Hightech-Projekten? Im Bergbau oder in der Eigenheimzulage sicher nicht.

Vielen Dank!